

Griechenland braucht Regiogeld

Ein nationales Zahlungsmittel parallel zum Euro^[1]

Eckhard Behrens

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG zeigt unter der Überschrift „Krisenwährung“ im Bild-Aufmacher auf Seite 1 ihrer Ausgabe vom 16. Juni 2011 eine geöffnete Ladenkasse, in der neben Euro-Scheinen und -Münzen Zehner- und Zwanziger-Scheine vom Chiemgauer^[2] liegen. Unter dem Bild steht: „Kassensturz mit Chiemgauer – Anfang der dreißiger Jahre wurden Regionalwährungen erfunden. In der heutigen Krise scheinen sie aufzublühen.“ Die FAZ fährt dann fort, als Ersatzwährung eigneten sich die Chiemgauer nicht; der Euro müsse seine Krise, die sich gerade in Griechenland äußere, schon selbst bewältigen. Auf Seite 11 folgt ein anschaulicher Bericht unter den Überschriften „Noch so ein Schwundgeld – Der Chiemgauer ist die erfolgreichste Regionalwährung Deutschlands. Vielen ist er aber zu umständlich.“ Die FAZ ist in Gelddingen besonders konservativ, also zurückhaltend. Nehmen wir trotzdem einmal an, dass sie ei-

nen Denkanstoß geben wollte – ein für dieses Blatt wirklich unverbindliches Gedankenspiel. Oder schon ein Abwehrspiel?

Regionales Zahlungsmittel

Der „Chiemgauer“ wird von einer Bürgerinitiative betrieben und konsequent weiterentwickelt. Der Ideenhintergrund ist das „alternative Geld“ Rudolf Steiners; die Initiative ging von einem Waldorflehrer, Herrn Christian Gelleri, aus, der sich dem Regiogeld inzwischen hauptsächlich widmet.^[3]

Der Chiemgauer soll die regionalen Wirtschaftskreisläufe beleben. Griechenland droht der Zusammenbruch seines Wirtschaftskreislaufs als Folge der europäisch verordneten Sparmaßnahmen des griechischen Staates. Kann die Idee des Chiemgauer ein brauchbares Vorbild für Griechenland sein?

³ Ihm ist die Freigeldlehre Silvio Gesells bekannt, die älter ist als der Vorschlag R. Steiners.

Eine Währung im volkswirtschaftlichen Sinne ist der Chiemgauer allerdings nicht, weil er nicht die Funktion eines Wertmessers hat. Er ist nur Zahlungsmittel, nicht einmal gesetzliches Zahlungsmittel, weil er von niemandem akzeptiert werden muss. „Mit dem Geld kommt das Recht in die Wirtschaft“, hat Rudolf Steiner einmal treffend bemerkt. Es hat drei Funktionen: Es ist Tauschmittel (genauer *Zahlungsmittel*), *Wertmesser* und *Wertaufbewahrungsmittel*. Als *Wertmesser* wird das Geld mit Hilfe eines großen statistischen Apparats gewissermaßen fortlaufend geeicht. Die Kaufverträge, die jeder von uns täglich mehrfach schließt, sind freie Vereinbarungen auch über den Preis. Die Entwicklung vieler Preise eines großen Warenkorbs wird an vielen verschiedenen Orten kontinuierlich beobachtet und (monatlich) statistisch ausgewertet. Die Währung wird von ihrer Zentralbank so gesteuert, dass der Durchschnitt der Preise des Warenkorbs – der *Wertmesser* – stabil bleibt, also gewahrt bleibt oder „währt“.



Der Chiemgauer kann und will auch in Zukunft diesen hohen Aufwand nicht treiben. Er ist kein eigener Wertmesser – auch der Chiemgauer rechnet in Euro; 1 Chiemgauer = 1 Euro.

Die Kaufverträge regeln den Euro-Preis und zugleich die Bezahlung in Chiemgauer. Die Menge der umlaufenden Chiemgauer ist im Vergleich zu den umlaufenden Euro-Scheinen und -Münzen so gering, dass ein Einfluss der Chiemgauer-Verträge auf die Preisbildung, also auf das Preisniveau des Euro nicht zu erwarten ist. Man bedenke, dass die Europäische Zentralbank nur

¹ Es handelt sich um einen etwas erweiterten Nachdruck aus der Wochenschrift DAS GOETHEANUM 2011, Nr. 30/31, Seite 10ff., <http://www.sffo.de/sffo/Regiogeld.pdf>

² <http://www.chiemgauer.info/>

das Verbraucherpreis-Niveau im gesamten Euro-Raum steuert, aber nicht die Entwicklung in den einzelnen Euro-Mitgliedstaaten.

Als Zahlungsmittel unterscheidet sich der Chiemgauer von dem Zahlungsmittel Euro durch die Quartalsgebühren, die seine *Wertaufbewahrungsfunktion* spürbar einschränken. Alle drei Monate müssen auf die Chiemgauer-Scheine kleine Gebührenmarken in Höhe von 2% ihres Wertes aufgeklebt werden, damit sie gültig bleiben. Deshalb wird sie niemand horten, also zur Wertaufbewahrung benutzen. Diese Gebühr soll ökonomisch den zügigen Umlauf der Chiemgauer, also ihren Einsatz als regionales Kaufgeld sichern. Der Chiemgauer geht in seiner Region deshalb tatsächlich rascher von Hand zu Hand als der Euro. Dadurch entsteht zusätzliche Nachfrage und infolgedessen zusätzliches Einkommen, ohne dass sich jemand verschuldet.

Der Euro bremst die Wirtschaftsentwicklung



Die Umlaufgeschwindigkeit des Euro ist leider nicht stabil, weil jeder Euro-Besitzer bei seinen Verwendungsentscheidungen von einer prinzipiell unbegrenzten Wertaufbewahrungsmöglichkeit ausgehen kann. Er kauft oder er kauft nicht. Deshalb sinkt die Umlaufgeschwindigkeit des Euro nach den Feststellungen der Zentralbanken ständig; andernfalls hätten sich die Geldmengenvermehrungen der letzten Jahre in stärkeren Preissteigerungen auswirken müssen. Sinkende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann zu Krisen und Deflation führen, wenn sich das Sinken unerwartet beschleunigt, z.B. wenn allgemeine Preissenkungen (Deflation) erwartet werden. Deswegen will die Europäische Zentralbank (EZB) einen „Sicherheitsabstand“ von der Deflation und betreibt eine *Um-*

laufsicherung auf dem Umweg einer leichten Inflation, die mit „unter, aber nahe 2%“ jedoch noch zu gering bemessen ist. Die Menschen verhalten sich noch wie bei Geldwertstabilität, nicht wie bei spürbarer Inflation. Umlaufsichernd wirkt nur eine gefühlte Inflation; sie muss mindestens 4% jährlich, sicherheitshalber aber ständig 5% betragen. Erst dann ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wirklich stabil und hinreichend schockresistent.

Diese volkswirtschaftliche Einsicht teilt die Europäische Zentralbank (EZB) nicht. Sie verteidigt die Geldwertstabilität – genauer ihr zu geringes Inflationsziel – mit großer Konsequenz. Sie bremst dadurch die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum unnötig. Die Strenge des Euro verleitet einige Mitgliedstaaten dazu, die Binnenkonjunktur durch zusätzliche Staatsausgaben zu fördern – auch wenn sie deshalb Schulden machen müssen. Die Schuldenmacherei schürt ständig Inflationsängste, aber das Preisniveau entwickelt sich doch nur in dem von der EZB gesetzten Rahmen. Entgegen allen Unkenrufen ist der Euro stabiler als alle Vorgängerwährungen. Aber gerade wegen seiner unvorhergesehenen Stärke bestraft er die Schuldenmacherei, weil sich wegen der schwachen Wirtschaftsentwicklung die Steuereinnahmen nicht ausreichend entwickeln. Es ist ein Hase- und Igelspiel zwischen der Finanz- und der EZB-Politik, in der sich die letztere als stärker erweist. Genau diese Überlegenheit ist mit der gesetzlich vorgesehenen Unabhängigkeit der Notenbank gewollt. Aber das haben alle nicht verstanden, die immer noch von einer Euro-Krise reden, obwohl wir nur eine Staatsschuldenkrise haben. Der Euro muss nicht gerettet werden; er wird nicht schwach, sondern wirkt streng, in Wahrheit etwas zu streng.

Alle Mitgliedstaaten des Euro-Raumes müssen sich beim Schuldenmachen künftig zurückhalten. Den bereits überschuldeten Staaten kann ein einmaliger Schnitt zulasten der Gläubiger helfen, auf den neuen Kurs, künftig ebenfalls kaum noch Schulden zu machen, einzuschwenken. Aber auch das wird ihr Problem nicht lösen, dass die Politik der EZB, die im Interesse der Geldwertstabilität die Wirtschaftsentwicklung ständig bremst, besonders diejenigen Mitgliedsländer trifft, die schon zurückgefallen sind und eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit und Schuldenlast haben. Unter dem strengen Euro haben sie keine ökonomische Chance, die Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln und die Steuereinnahmen zu erhöhen, um künftig ohne Neuverschuldung auszukommen. Erst nach drastischer und dauerhafter Einschränkung des Lebensstandards der griechischen Bevölkerung bestünde eine Chance auf Wachstumsraten, die sich wieder dem europäischen Durchschnitt annähern. Der Abstand im Lebensstandard der europäischen Völker bliebe trotzdem dauerhaft erhalten. Weil dies vielen Ökonomen klar ist, diskutieren sie bereits öffentlich über europäische Investitionszuschüsse (nicht Darlehen) und europäische Sozialtransfers. Damit würde die Solidarität der Staatengemeinschaft mit Sicherheit überdehnt, also Europa insgesamt gefährdet. *Wir brauchen eine Alternative!*

Griechenland braucht Regiogeld



Griechenland braucht Regiogeld, um die regionale Wirtschaft zusätzlich anzutreiben – ohne neue Auslandsschulden und ohne ausländische Zuschüsse. Mehr Umsätze durch ein umlaufgesichertes Regiogeld würden zu mehr Beschäftigung, weniger Sozialausgaben und mehr Steuereinnahmen führen.

Reine Bürgerinitiativen nach dem Vorbild des Chiemgauer würden etwas, aber nicht genug bewirken.^[4] Auch kommunales Regiogeld nach dem Vorbild der dreißiger Jahre im österreichischen Wörgl und andernorts, bei dem die Kommune als Herausgeber des Regiogeldes auftritt, wird zwar mehr, aber immer noch nicht genug bewirken.

Wie wäre es, wenn der griechische Staat zur Konjunkturförderung neben dem Euro eine Art Chiemgauer landesweit, also in ganz Griechenland als zusätzliches *Zahlungsmittel* mit Umlaufsicherungsgebühren einführen würde? Der Staat könnte alle Sozialleistungen, Gehälter und Aufträge mit dem umlaufgesicherten Regiogeld bezahlen und dieses selbst als Zahlungsmittel für Steuern usw. entgegennehmen. Da weiterhin nur in Euro gerechnet würde, wäre eine doppelte Preisauszeichnung nicht erforderlich.



Der griechische Staat könnte sein Zahlungsmittel wieder *Drachme* nennen und sie zum gesetzlichen Zahlungsmittel machen, also einen Annahmehzwang gesetzlich vorschreiben. Dann könnte der Privatmann im Inland auf doppelte Kassenhaltung, also auf den Euro als Zahlungsmittel verzichten und ihn nur noch zur Wertaufbewahrung

⁴ Mehrere Tageszeitungen berichteten im Sommer 2011 über eine griechische Unternehmer-Initiative namens OVOLOS, einem elektronischen Zahlungsmittel: www.ovolos.gr. Es soll zusätzliche Umsätze generieren, ist aber, soweit ersichtlich, nicht mit einer Umlaufsicherung verbunden, also noch weniger nachfragewirksam als der Chiemgauer.

und auf Auslandsreisen benutzen. Die Unternehmen kämen um eine doppelte Kassenführung nicht herum, weil natürlich auch der Euro gesetzliches Zahlungsmittel bliebe.

Jeder könnte selbst entscheiden, wann er im Inland mit Drachme und wann er mit Euro bezahlen will; die Zahlung mit Drachme müsste vom inländischen Vertragspartner ebenso angenommen werden, wie eine Euro-Zahlung – obwohl alle Verträge und sonstigen Zahlungsverpflichtungen weiterhin nur auf Euro lauten; dies ist der Sinn eines zusätzlichen (parallelen) gesetzlichen Zahlungsmittels. Es wären bald viele Drachmen in Umlauf, wenn der Staat alle seine Inlands-Ausgaben in Drachme tätigen würde. Auch jeder Unternehmer könnte seine inländischen Arbeitnehmer und Lieferanten mit Drachmen bezahlen, weil diese gesetzlichen Zahlungsmittel sind. Niemand hat Probleme, die eingenommenen Drachmen wieder loszuwerden. Es ist zu erwarten, dass jeder erst dann im Inland mit Euro bezahlt, wenn er keine Drachmen mehr hat – das gilt selbstverständlich auch für die Bezahlung der Steuern an den Staat.

Noch näher zu bedenkende Fragen sind der Umtausch der Drachme in Euro und der Umstand, dass der Staat und die Bürger viele Zahlungen durch Überweisungen tätigen. Wer Auslandsschulden hat oder eine Auslandsreise antreten möchte, ist auf Euro angewiesen. Man sollte aber keinen Begründungszwang wie in einer Devisenzwangswirtschaft einführen, sondern nur eine angemessene ökonomische Hürde errichten, die dafür sorgt, dass die Inländer ihre Inlandsumsätze in

Drachme tätigen.^[5] Die Hortung in Euro ist ebenso wenig ein Problem wie der Kauf von Gold zur Wertaufbewahrung, solange eine ausreichende Zahl von Drachmen wirklich umlaufen. – Da viele Zahlungen im Überweisungswege geleistet werden, wird jeder der heute ein Euro-Girokonto hat, ein Drachme-Girokonto brauchen. Viele werden daneben kein Euro-Girokonto mehr brauchen, aber ihre längerfristigen Sparanlagen wohl auf Euro-Konten halten.

Den Geldumlauf verstetigen

Eine mit Geldhaltungsgebühren belastete Drachme würde die Inlandskonjunktur trotz aller staatlichen Sparmaßnahmen stabilisieren. Die Umlaufgebühr, die zunächst sehr hoch angesetzt und später herabgesetzt werden könnte, würde das Geld den Waren entgegentreiben. Jeder der die Drachme empfängt, würde sie so rasch wie möglich weitergeben. So würde der stabilisierte Geldstrom einen kontinuierlichen Warenstrom tragen und diesen stetig wachsen lassen, bis die Vollbeschäftigung erreicht wird und dem weiteren Wachstum Grenzen setzt. Der inländische Warenstrom einer Wirtschaft hängt davon ab, dass die Nachfrage, also das Angebot an Geld – oder mit anderen Worten der Geldstrom – ununterbrochen in gleichbleibender Stärke fließt. Wird der Geldstrom schwächer, weil die Geldmenge von der Notenbank verringert wird oder die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch Kaufzurückhaltung der Geldinhaber sinkt, dann muss der Warenstrom schrumpfen und infolgedessen müssen Arbeitskräfte entlassen werden. Daraus kann eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale entstehen. Der

⁵ Gegen die Konvertibilität ist Arno Gahrman in seinem Kommentar „Euro und Drachme – Eine Koexistenz von Euro und Drachme ist möglich“ in der taz vom 29.09.2011, Seite 3, www.taz.de/!79075/. Er schlägt eine echte Zweitwährung vor, allerdings ohne Umlaufsicherung.

Geldstrom kann aber auch stärker werden, wenn bei gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit die Geldmenge vermehrt oder bei gleicher Geldmenge die Umlaufgeschwindigkeit erhöht wird. Je höher die Geldhaltungsgebühr, je höher steigt das Niveau der Umlaufgeschwindigkeit. Es wird in Griechenland konjunkturpolitisch zunächst darauf ankommen, die Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel zu erhöhen, ohne dass die Bevölkerung beim Geldausgeben in die Hektik verfällt, die in Hyperinflationen zu beobachten ist. Zwar muss die Geldhaltungsgebühr in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, wie sie in Griechenland jetzt herrschen, schon recht spürbar sein, um die Zurückhaltung beim Geldausgeben ökonomisch zu überwinden. Dafür reichen sicher zehn Prozent Verlust im Jahr – wohlgerneht nur auf den Kassenbestand, denn die Geldvermögensanlagen werden in Euro gerechnet und bleiben deshalb im Wert erhalten. Darum ist auch von einer zunächst hohen Geldhaltungsgebühr keine Hektik beim Geldausgeben zu erwarten, wohl aber eine spürbare Veränderung bei der Einkommensverwendung; es wird unverzüglich, also rascher als heute üblich entschieden, was mit dem Geld geschehen soll. Ist die Verhaltensänderung bei der Geldverwendung erst einmal erreicht, kann der ökonomische Druck der Geldhaltungsgebühr nach und nach auf fünf Prozent pro Jahr – aber nicht weiter – gesenkt werden.

Nach Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes braucht die Notenbank nur noch die Drachmen-Geldmenge zu regulieren, damit der Geldstrom so breit wird, wie der Warenstrom durch die Beschäftigung brachliegender Kapazitäten wachsen kann. Die Wirtschaft wächst dann – auch bei staatli-

chen Sparmaßnahmen zum Ausgleich des Staatshaushalts – in die Vollbeschäftigung hinein. Davon hängt die Wiedererlangung des sozialen Friedens in Griechenland ab. Jeder Arbeitsfähige und -willige kann dann so lange arbeiten, wie er möchte. Nach Erreichen der Vollbeschäftigung kann die Wirtschaft höchstens noch im Maße des Produktivitätsfortschritts wachsen. Voraussichtlich wird das Wachstum sogar geringer ausfallen, weil viele Menschen angesichts sicherer Arbeitsplätze ihre Urlaubs- und Teilzeitwünsche ausweiten werden; kein Betrieb wird dann noch mit Entlassung reagieren, weil neue Mitarbeiter nur schwer zu gewinnen sind.

Mut zu Alternativen



Diese Ideenskizze kann nicht alle Probleme benennen, die auf dem einzuschlagenden Wege gelöst werden müssen.^[6] Die griechische No-

tenbank und die EZB behalten die Gesamtgeldmenge von Drachme und Euro fest in der Hand und steuern damit auch die Entwicklung des Preisniveaus in Griechenland. Der griechische Gesetzgeber kann ihnen sogar die Festlegung der Höhe der Geldhaltungsgebühr für die Drachme in einem gesetzlich festgelegten Rahmen überlassen, damit eine geldpolitische Feinsteuerung der Umlaufgeschwindigkeit der Drachme möglich wird. Die zusätzlichen Umsätze und der dadurch induzierte Wirtschaftsaufschwung ergäben sich allein aus der höheren Umlaufgeschwindigkeit der Drachme. Es ist eben nicht gleichgültig, ob die Geldscheine im Monat durchschnittlich nur einen oder 10 und mehr Umsätze machen.

Die staatliche Drachme könnte besteuert (mit Haltegebühren belegt) werden, ohne Marken auf Geldscheine zu kleben. Das könnte den Vorwurf entkräften, den auch die FAZ erhob, die Umlaufsicherung des Geldes sei zu umständlich. Eine Möglichkeit dazu hat Thomas Seltmann in Form maschinenlesbarer Geldscheine in dieser Zeitschrift beschrieben.^[7]



6 Eine Gelegenheit zur Klärung mancher Fragen wird die Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. bieten, die am 19./20. November 2011 in Bad Boll/Württemberg stattfinden soll. Programm im Internet unter: <http://sffo.de/sffo/sffo111119.html>

7 Thomas Seltmann, HUMANE WIRTSCHAFT, 02/2010, „Wie sich die Liquiditätsgebühr systemkonform realisieren lässt“

Eine andere Möglichkeit wäre es, die Drachme ausschließlich als elektronisches Zahlungsmittel zu konstruieren. Jeder Bürger erhält ein zusätzliches Drachme-Bankkonto mit Drachme-Geldkarte. Mit der Karte kann er im Wege des Lastschrift- oder PIN-Verfahrens vom Konto abbuchen lassen; mit der Geldkarte kann er wie mit Bargeld anonym bezahlen. Drachme-Scheine und -Münzen sind dann nicht notwendig. Die Schuldverpflichtungen werden in beiden Fällen auf den Cent genau beglichen. Kleinbeträge brauchen vom Kauf-

mann nicht in Euro-Münzen herausgegeben zu werden, wie dies beim Chiemgauer und bei Seltmanns Vorschlag noch praktiziert werden muss. Vor jeder Zu- oder Abbuchung – sowohl auf dem Bankkonto als auch auf der Geldkarte – würde der bisherige Kontostand elektronisch um den Drachme-Betrag reduziert, der der Höhe des staatlichen Gebührensatzes seit der letzten Buchung entspricht. Das läuft wie die Berechnung eines Kreditzinses. Der Gebührensatz dürfte die Kosten der Kontoführung und der Geldkarte decken. 

HUMANE
WIRTSCHAFT

Zum Autor
Eckhard Behrens



Jhrg. 1937, Heidelberg, ist pensionierter Volljurist und hat sich seit dem Studium mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigt und darüber Vorträge gehalten und Aufsätze geschrieben, zum Beispiel über die weltweite Finanzkrise in „Fragen der Freiheit“ Heft 281 (2010). Er ist ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. in Bad Boll. www.EBehrens.de



SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG e. V.

Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“
für Ordnungsfragen der Kultur, des Staates und der Wirtschaft

Vom Regiogeld zum nationalen Parallelgeld *Ein Beispiel: die griechische Drachme*

**Tagung
vom 19.-20. November 2011**



73087 Bad Boll, Badstraße 35 · Tel. 07164/3573
www.sffo.de

Samstag, 19. November 2011

- 10.00 Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema – insbes. über den zu strengen Euro - Eckhard Behrens, Heidelberg
- 10.30 Das Regiogeld als Bürgerinitiative - Christian Gelleri, Rosenheim -
- 11.15 Pause
- 11.30 Diskussion der Erfahrungen
- 12.00 Mittagessen in benachbarten Gasthäusern
- 14.30 Kaffee im Tagungsraum
- 15.00 Die WIR Bank-Genossenschaft in der Schweiz, ein nationales Parallel - Giralgeld - NN -
- 16.00 Pause
- 16.30 Nationales Parallelgeld als staatliche Initiative - Eckhard Behrens, Heidelberg
- 18.00 Abendessen in benachbarten Gasthäusern
- 20.00 Podiumsdiskussion zum nationalen Parallelgeld

Sonntag, 20. November 2011

- 9.00 Technische und rechtliche Fragen zum nationalen Parallelgeld - Dr. Hugo Godschalk, Frankfurt am Main -
- 10.30 Kaffeepause
- 11.00 Ergebnisse der Tagung - Allgemeine Aussprache
- 12.00 Ende der Tagung